

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/1216**

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen: VI 216
Unsere Nachricht vom:

Mathias Zobel
Mathias.Zobel@fimi.landsh.de
Telefon: 0431 988 4022
Telefax: 0431 988-4173

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

25.09. 2006

Antwort der Landesregierung zu den Fragen der FDP Fraktion zum Haushaltsentwurf 2007/2008 (Umdruck 16/1187) - Teil 1 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung zu den in o. g. Umdruck gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2007/2008.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Arne Wulff

Antworten der Landesregierung auf die Fragen der FDP-Landtagsfraktion zum Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008, (Drs. 16/910)

1. § 2 Abs. 4

Warum will die Landesregierung die Höchstgrenze für Zinsänderungsrisiken 2007 26 Mio. € höher festsetzen als 2006 (+108,3%) und 2008 45 Mio. € höher als 2007 (+90%)?

Antwort:

Unter Zinsänderungsrisiken versteht man grundsätzlich die Gefahr von Zinsmehrausgaben aufgrund von Marktzinsänderungen im Vergleich zu den im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben. Die Ursachen für Schwankungen der Marktzinsen sind vielseitig und werden durch makroökonomische Parameter bestimmt, wie z. B. konjunkturelle Entwicklung oder Inflation.

Für das Land Schleswig-Holstein ergeben sich bei der Kreditfinanzierung Zinsänderungsrisiken in zweierlei Hinsicht:

- Das Land befindet sich in der Rolle des Dauerschuldners, und somit muss jede fällige Schuldverpflichtung anschlussfinanziert werden. Da man jedoch während der Laufzeit eines Kredits den Zinssatz der Anschlussfinanzierung nicht kennt, besteht das Risiko, dass die Zinsen zum Zeitpunkt der Anschlussfinanzierung höher liegen und somit Zinsmehrausgaben entstehen.
- Das Portfolio des Landes umfasst neben festverzinslichen Darlehen, die den größten Anteil (knapp 80%) des Gesamtbestandes ausmachen, auch variabel verzinsliche Finanzierungen. Dabei handelt es sich um Kredite, deren Verzinsung nicht über die gesamte Laufzeit konstant bleibt, sondern in regelmäßigen Abständen (meist alle 6 Monate) angepasst wird.

Grundsätzlich steigt das Zinsänderungsrisiko im Zeitablauf, da zu den bestehenden variablen Zahlungen ein wachsender Anteil unsicherer Zahlungen der insgesamt ausstehenden Anschlussfinanzierungen hinzukommt. Zusätzlich haben sich im Bezug auf den Haushalt 2007/2008 im Vergleich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes 2006 die Zinsänderungsrisiken aktuell im Zuge der Phase tendenziell steigender Zinsen und der deutlichen Zunahme der Verschuldung in den folgenden Jahren erhöht. Aufgrund der genannten Effekte ist die Höchstgrenze für Zinsänderungsrisiken (Risikolimite) für 2007 und 2008 nach oben angepasst worden. Die Risikolimite sind so bemessen, dass –unter Berücksichtigung des Risiko-Zinsszenarios– auch größere Schwankungen der Kreditmarktzinsen verkraftet werden können. Während des Haushaltsvollzugs verringern sich allerdings die Zinsänderungsrisiken, da unsichere Planzahlen durch tatsächliche Abschlüsse konkretisiert werden.

2. § 8 Abs. 21

Wie viel Geld hat das Land seit dem Beginn des Programms „misch mit“ seit Beginn des Jahres 2005 durch Verbesserungsvorschläge eingespart, und wie viel wurde als Prämie ausgezahlt?

Antwort folgt

3. 10 Abs. 1 Nr. 1

Im Entwurf des Kapitels 1105 gibt es keinen Titel 430 06; worauf bezieht sich die Angabe im Entwurf?

Antwort:

Hier handelt es sich um einen Schreibfehler, die Angabe bezieht sich auf Titel 439 05.

4. § 16

Warum hat die Landesregierung § 16 Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2006 nicht in den Entwurf übernommen, und warum weist sie im Entwurf nicht auf diese Veränderung hin?

Antwort:

Diese Regelung wurde in der Vergangenheit nicht in Anspruch genommen und ist entbehrlich. Sollte eine Bürgschaft benötigt werden (insbesondere für die Atomabteilung), gibt es weiterhin die Regelung im § 16 Abs. 3 (in 2006: § 16 Abs. 4).

Auf den Wegfall von Bestimmungen wird stets in der Begründung zum Gesetzentwurf hingewiesen (siehe Seite 2 im Anschluss an den Gesetzestext).

5. § 16 Abs. 6

Wodurch ist der Bedarf um 1,03 Mrd. €(+1367%) gestiegen?

Antwort:

Die Erklärung ergibt sich aus der Gesetzesbegründung (Seite 7). Danach weist die jetzige Fassung den bis 2008 anfallenden Gesamthöchstbetrag an Bürgschaften zu Gunsten der GVB aus. Tatsächlich jedoch wird durch die Anrechnungsklausel für die bereits bestehenden Bürgschaften nur die Grundlage für den Bürgschaftsneubedarf bis zum Ende 2008 geschaffen. Das aktuelle Bürgschaftsobligo beträgt 1.012 Mio. €

6. § 16 Abs. 7

Welche Prozessrisiken erwartet die Landesregierung ab 2007, und wo und mit welchen Beträgen wurden vergleichbare Prozessrisiken bisher abgesichert?

Antwort:

Die Landesregierung erwartet keine bestimmten Prozessrisiken, dann wären Einzelveranschlagungen geboten. Mit dieser Ermächtigung sollen mögliche Prozessrisiken, die zurzeit weder in der Höhe noch in der zeitlichen Inanspruchnahme absehbar sind, abgedeckt werden. Ein Beispiel für einen laufenden Prozess ist die FH Westküste.

7. § 18 Abs. 16

Mit welchem Marktwert bewertet die Landesregierung derzeit die Anteile des Landes an der Kieler Flughafengesellschaft?

Antwort:

Ein Marktwert kann derzeit nicht angegeben werden.

8. § 18 Abs. 18

Warum will die Landesregierung einen ‚Landesbetrieb für Küsten- und Meeresschutz Schleswig-Holstein‘ gründen?

Antwort folgt

Fragen der FDP-Landtagsfraktion zum Finanzplan 2006-2010, (Drs. 16/921)

1. III. Schwerpunkte der Landespolitik

Die Landesregierung erklärte in ihrem Finanzplan 2005 – 2009 auf S. 16 „Ziel ist ein verfassungskonformer Haushalt am Ende der Legislaturperiode.“

Im aktuellen Finanzplan erklärt sie,

- auf S. 15, sie wolle so bald wie möglich einen verfassungskonformen Haushalt aufstellen,
- auf S. 18, das Ziel eines verfassungskonformen Haushalts solle erreichbar werden und
- auf den S. 39 und 53, dass sie für 2010 einen verfassungswidrigen Haushalt plant, denn die Nettokreditaufnahme soll sich 2010 auf 850 Mio. € belaufen, die gesamten Investitionen des Landes aber nur auf 741 Mio. €

- Warum hat die Landesregierung ihr Ziel aufgegeben, noch in dieser Wahlperiode einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen?
- Wann soll nach Ansicht der Landesregierung das Ziel eines verfassungskonformen Haushalts frühestens erreichbar werden—und wann soll es spätestens erreicht werden?

Antwort folgt

2. III. 1. 3. Förderung der Investitionstätigkeit

Die Landesregierung erklärte in ihrem Finanzplan 2005 – 2009 auf S. 15 „Die Ausgaben für Investitionen ... sollen durch Umschichtungen von Personalausgaben und nicht-investiven Zuwendungen gesteigert und auf wachstumswirksame Bereiche konzentriert werden.“

Im aktuellen Finanzplan erklärt sie auf S. 20, trotz angespannter finanzieller Lage verstepige sie die investiven Ausgaben des Landes.

Warum hat die Landesregierung ihr Ziel aufgegeben, die Investitionsausgaben des Landes zu steigern?

Antwort folgt

Fragen der FDP-Fraktion zum Entwurf für den Haushaltsplan 2007/2008

1. Haushaltsumfang und Schulden

Wie haben sich das Haushaltsvolumen und die Schulden des Landes von 2005 bis 2007 nominal entwickelt?

Bitte eine Tabelle nach folgendem Schema (2005 tatsächliche Werte, 2006-2008 gemäß der Haushaltspläne):

Jahr, Ausgaben für Schuldentilgung, prozentuale Veränderung der Tilgungsausgaben gegenüber dem Vorjahr.

Antwort:

Auf den Umdruck 16/1173 (Fortschreibung von Haushaltsdaten wird verwiesen. In der Anlage 3 dieses Umdrucks sind die Gesamt- und Nettoausgaben mit Steigerungsraten zum Vorjahr dargestellt.

a. Schulden des Landes Schleswig-Holstein

Schuldenstand lt. Schuldenstatistik der Länder, Stichtag 31.12., fundierte Schulden

| Voraussichtliche Entwicklung ab 2006 unter Berücksichtigung der Neuverschuldung in Mio. € | | | |
|--|----------|----|--------------------------------------|
| IST 2005 | 21.345,8 | | *) einschließlich Neuverschuldung |
| HH-Soll 2006 | 22.908,1 | *) | 1.562,3 |
| Planung 2007 | 24.224,7 | *) | 1.316,6 |
| Planung 2008 | 25.445,3 | *) | 1.220,6 |

Quelle: Meldung an das Statistische Bundesamt – Schulden der Länder am 31. Dezember, Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2006-2010

b. Ausgaben für Schuldentilgung

| | Tilgungsausgaben am Kreditmarkt in T € | Veränderung der Tilgungsausgaben zum Vorjahr in % |
|---------------------|---|--|
| IST 2005 | 2.822.162,37 | / |
| HH-Soll 2006 | 2.502.665,10 | -11,32 |
| Planung 2007 | 3.236.224,60 | 29,31 |
| Planung 2008 | 2.574.557,00 | -20,45 |

Quelle: Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2006-2010

2. Investitionen

Wie haben sich die Investitionen im Haushalt des Landes von 2005 bis 2008 nominal entwickelt?

Bitte eine Tabelle nach folgendem Schema (2005 tatsächliche Werte, 2006-2008 gemäß der Haushaltspläne):

Jahr, Investitionsförderung, prozentuale Veränderung der Investitionsförderung gegenüber dem Vorjahr, Ausgaben für Baumaßnahmen, prozentuale Veränderung der Ausgaben für Baumaßnahmen gegenüber dem Vorjahr, Schuldenaufnahme beim Bund, prozentuale Veränderung der Schuldenaufnahme beim Bund gegenüber dem Vorjahr, Schuldenaufnahme bei den Ländern, prozentuale Veränderung der Schuldenaufnahme bei den Ländern gegenüber dem Vorjahr, Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich, prozentuale Veränderung der Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich gegenüber dem Vorjahr, Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen, prozentuale Veränderung der Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen gegenüber dem Vorjahr, Einnahmen aus dem Immobiliendeal.

Antwort:

| | Grupp. | 2005 Ist | 2006 Haushalt | Veränd. in v. H. zum Vor- jahr | 2007 Entwurf | Veränd. in v. H. zum Vorjahr | 2008 Entwurf | Veränd. in v. H. zum Vorjahr |
|--|--|-------------|------------------|---|-----------------|---------------------------------------|-----------------|---------------------------------------|
| Bruttoinvestitionen | HGr. 7 und 8 | 674,7 | 737,4 | 9,3 | 799,5 | 8,4 | 729,6 | -8,7 |
| Investitionsförderung | OGr. 83 bis 89 | 524,1 | 568,5 | 8,5 | 605,6 | 6,5 | 550,0 | -9,2 |
| Baumaßnahmen | HGr. 7 | 108,8 | 121,8 | 12,0 | 114,7 | -5,8 | 111,5 | -2,8 |
| Schuldenaufnahme beim Bund | Gr. 311 | 1,5 | 1,5 | - | 1,0 | -31,5 | 0,7 | -34,0 |
| Schuldenaufnahme bei den Ländern | Gr. 312 | 0,0 | 0,0 | - | 0,0 | - | 0,0 | - |
| Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich | OGr. 33 | 115,8 | 146,6 | 26,7 | 142,4 | -2,9 | 122,1 | -14,2 |
| Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen | OGr. 34 | 70,8 | 77,9 | 9,9 | 68,3 | -12,3 | 67,5 | -1,2 |
| Einnahmen aus Liegenschaftsveräußerungen | In 2005 sind keine Einnahmen aus der Übertragung von bebauten Liegenschaften des Landes auf die Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LVSH) geflossen. Auch in den Haushaltsjahren 2006 bis 2008 sind keine Einnahmen mehr zu erwarten. Der Einnahmetitel 1111-131 03 -Einnahmen aus der Übertragung von bebauten Liegenschaften des Landes auf die Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LVSH)- ist folglich in 2006 weggefallen. | | | | | | | |

3. Rücklagen

Wie haben sich die einzelnen Rücklagen des Landes von 2005-2008 entwickelt?

Bitte eine Tabelle aller einzelnen Rücklagen des Landes nach folgendem Schema (2005 tatsächliche Werte, 2006-2008 gemäß der Haushaltspläne):

Art der Rücklage, Haushaltstitel, Bestand zum Jahresende, prozentuale Veränderung des Bestandes zum Vorjahr.

Antwort:

Zum Bestand der einzelnen Rücklagen am Ende des Haushaltsjahres 2005 wird auf die Vermögensübersicht in den Allgemeinen Bemerkungen zum Entwurf des Haushalts 2007/2008, Seite 127, verwiesen. Da Rücklagen aufgrund entsprechender haushaltsgesetzlicher Ermächtigungen erst im Laufe des Haushaltsvollzugs gebildet werden, enthält der Haushaltsplan für Rücklagen lediglich Leertitel. Für die Jahre 2006 bis 2008 sind daher keine Ansätze bei Rücklagentiteln veranschlagt.

4. Geplante Vermögensveräußerungen

- a. Wie hoch sind die angesetzten Einnahmen aus Vermögensveräußerungen (auch Beteiligungen) für 2007 und 2008 (Bitte einzeln nach Jahren und Vermögenswerten auflisten)?
- b. Für welche dieser Vermögenswerte waren bereits in früheren Haushaltsjahren Einnahmen (auch globale Mehreinnahmen) in welcher Höhe angesetzt?

Falls hierbei unterschiedliche Einnahmen für einzelne Vermögenswerte angesetzt wurden: Auf welchen konkreten Gründen beruhen diese Differenzen?

Antwort folgt

5. Kommunen

Wie haben sich die Finanzbeziehungen zu den Kommunen von 2005 bis 2008 nominal entwickelt?

Bitte eine Tabelle nach folgendem Schema (2005 tatsächliche Werte, 2006-2008 gemäß der Haushaltspläne):

Jahr, pauschale Kürzung der Finanzausgleichsmasse, prozentuale Veränderung der pauschalen Kürzung zum Vorjahr, Entnahmen aus dem Kommunalen Investitionsfonds zur Aufstockung der Finanzausgleichsmasse, prozentuale Veränderung der Entnahmen zum Vorjahr.

Antwort:
Siehe Anlage 1).

6. Kommunale Verwaltungsstrukturreform

- a. Von welchen Aufgaben entlastet die Landesregierung die Kommunen 2007 und 2008, und wie hoch sind nach Ansicht der Landesregierung die Einsparungen der Kommunen bei den einzelnen Aufgaben und in der Summe?
- b. Welche Aufgaben will die Landesregierung im Zuge der Verwaltungsstrukturreform vom Land auf die Kommunen bzw. auf die Kommunalen Verwaltungsregionen verlagern, und wie viel will die Landesregierung den Kommunen hierfür zahlen pro Aufgabe und in der Summe?
- c. Wie viele Stellen will die Landesregierung im Rahmen der Aufgabenverlagerung auf die Kommunen übertragen (bitte eine Liste nach dem Schema der Personalübersicht—VI. der Übersichten zum Haushaltsentwurf)?

Antwort folgt

7. Gesamtwirtschaftliche Annahmen

- a. Welche Wachstumsraten erwartet die Landesregierung in Deutschland und in Schleswig-Holstein für das nominale und das reale Bundesinlandsprodukt jeweils in den Jahren 2007 und 2008?
- b. Welche Erwartungen hat die Landesregierung für Schleswig-Holstein bezüglich der absoluten Höhe der jahresdurchschnittlichen Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen in den Jahren 2007 und 2008?

Antwort:

Die Landesregierung fasst keine Beschlüsse über erwartete Wachstumsraten und über die absolute Höhe der jahresdurchschnittlichen Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Die Erwartungen von Wirtschaftsforschungsinstituten, Bundesbank, BMF und BMW dienen verschiedenen Fachreferaten als Grundlage für ihre Tätigkeiten. Beispielsweise verständigen sich Bund und Länder bei der Steuer-schätzung gemeinsam auf Werte für künftige Wachstumsraten (s. Umdruck 16/772). Ausführungen zu den wirtschaftlichen Rahmendaten einschl. Arbeitsmarktdaten enthält der jeweilige Finanzplan des Landes (s. Finanzplan 2006 bis 2010, S. 6-11).

8. Personalausgaben

Wie haben sich die Personalausgaben des Landes von 2005 bis 2008 nominal entwickelt?

Bitte eine Tabelle nach folgendem Schema (2005 tatsächliche Werte, 2006-2008 gemäß der Haushaltspläne):

Jahr, Zahl der Landesbediensteten gemäß Personalübersicht, prozentuale Veränderung der Zahl der Landesbediensteten zum Vorjahr, prozentuale durchschnittliche Tarifsteigerung im Vergleich zum Vorjahr, Versorgungsaufwendungen, prozentuale Veränderung der Versorgungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr.

Antwort:

Auf den Umdruck 16/1173 (Fortschreibung von Haushaltsdaten) wird verwiesen. In der Anlage 3 dieses Umdrucks sind die Personalausgaben mit Steigerungsraten zum Vorjahr dargestellt.

Stellen und Versorgungsbezüge:

| | 2005 Ist T€ | 2006 Haushalt T€ | Veränderung in v. H. zum Vorjahr | 2007 Entwurf T€ | Veränderung in v. H. zum Vorjahr | 2008 Entwurf T€ | Veränderung in v. H. zum Vorjahr |
|---------------------------------------|-------------------|------------------------|--|-----------------------|--|-----------------------|--|
| Anzahl der Stellen lt. Stellenplan | 55.030 | 49.705 | -9,7 | 49.360 | -0,7 | 49.327 | -0,1 |
| Versorgungsbezüge | 752.913,6 | 786.826,9 | 4,5 | 782.345,4 | -0,6 | 808.016,7 | 3,3 |

Tarifsteigerung:

Der Vergütungstarifvertrag vom 31. Januar 2003 ist ohne Ausspruch einer Kündigung zum 31. Januar 2005 ausgelaufen. Die vereinbarten Vergütungssätze werden unverändert weitergezahlt. Im Rahmen der Verhandlungen zum neuen Tarifvertrag für den öffentli-

chen Dienst der Länder wurden am 19. Mai 2006 Einmalzahlungen für die Kalenderjahre 2006 und 2007 vereinbart.

Juli 2006

| | |
|---------------|-------|
| E 1 bis E 8 | 150 € |
| E 9 bis E 12 | 100 € |
| E 13 bis E 15 | 150 € |

Januar 2007

| | |
|---------------|-------|
| E 1 bis E 8 | 310 € |
| E 9 bis E 12 | 210 € |
| E 13 bis E 15 | 60 € |

September 2007

| | |
|---------------|-------|
| E 1 bis E 8 | 450 € |
| E 9 bis E 12 | 300 € |
| E 13 bis E 15 | 100 € |

Zum 1. Januar 2008 werden die vereinbarten Tabellenwerte um 2,9 % erhöht.

9. Dienstrechtlich mögliche Beförderungen

- a. Wie viele Beamtinnen und Beamte werden nach Schätzung der Landesregierung jeweils in den Jahren 2006 bis 2008 insgesamt die dienstrechtlichen Voraussetzungen für die nächste Beförderung erfüllen?

Bitte für alle Einzelpläne in allen Besoldungsgruppen auflisten.

Bitte die Bereiche Polizei, Lehrer und Finanzverwaltung einzeln auflisten.

Antwort folgt

- b. Wie viele dieser dienstrechtlich möglichen Beförderungen beabsichtigt die Landesregierung jeweils in den Jahren 2006 bis 2008 auszusprechen?

Bitte für alle Einzelpläne in allen Besoldungsgruppen auflisten.

Bitte die Bereiche Polizei, Lehrer und Finanzverwaltung einzeln auflisten.

Antwort folgt

10. Geplante Einstellungen

- a. Wie viele Beschäftigte will die Landesregierung jeweils in den Jahren 2006 bis 2008 einstellen?

Bitte für alle Einzelpläne mit den entsprechenden Personalkosten gem. Personalkostentabelle der Landesregierung auflisten.

Bitte die Bereiche Polizei, Lehrer und Finanzverwaltung einzeln auflisten.

Antwort: folgt

- b. Wie viel Prozent der notwendigen Haushaltsmittel für diese Einstellungen sind im Haushaltsentwurf bereits veranschlagt?

Bitte für alle Einzelpläne auflisten.
Bitte die Bereiche Polizei, Lehrer und Finanzverwaltung einzeln auflisten.

Antwort: folgt

11. Allgemeine Rechtsverpflichtung der Haushaltsansätze

Bitte Übersichten für den Gesamthaushalt und die Einzelpläne über die jeweiligen Summen der Ausgaben nach den ARV-Schlüsseln 0 bis 12 jeweils in den Jahren 2006 bis 2008.

Bitte eine Titelliste mit Beträgen der Ausgaben mit ARV-Schlüssel 12 jeweils in den Jahren 2006 bis 2008.

Antwort: folgt

12. Förderprogramme

- a. Welche Zuweisungen aus Förderprogrammen der EU und des Bundes stehen 2007 und 2008 maximal für Schleswig-Holstein zur Verfügung?

Wie hoch wären die nötigen Komplementärmittel des Landes, um alle maximal möglichen Zuweisungen abrufen zu können?

Wie hoch sind die tatsächlich im Haushaltsentwurf angesetzten Komplementärmittel des Landes und wie hoch ist der Betrag an möglichen Zuweisungen der EU und des Bundes, auf den das Land gemäß dieser Planung deshalb verzichten muss?

Antwort:

Die Zuweisungen des Bundes und der EU gehen aus den Übersichten im Entwurf der allgemeinen Bemerkungen zum Haushaltsjahr 2007/2008, S. 149 bis 160, hervor. Zwischenzeitlich wurden Veränderungen der Mittelplafonds der EU-Fonds ESF, EFRE und ELER vereinbart.

- b. Inwieweit nutzt die Landesregierung 2007 und 2008 die einzelnen Fördermöglichkeiten aus Programmen der EU und des Bundes?

Bitte eine Tabelle nach folgendem Schema (auch Programme, die keine Komplementärfinanzierung des Landes erfordern):

Programm, Titel, maximal mögliche Zuweisungen von der

EU und/oder dem Bund, tatsächlich eingeplante Zuweisungen von der EU und/oder dem Bund, prozentualer Anteil der tatsächlich angesetzten an den maximal möglichen Zuweisungen von der EU und/oder dem Bund, notwendige Komplementärmittel des Landes für maximale Nutzung der Zuweisung, tatsächlich angesetzte Komplementärmittel des Landes, prozentualer Anteil der tatsächlichen an den maximal notwendigen Komplementärmitteln.

In Anlehnung an die Tabelle bitte zu jedem Programm eine Begründung, warum für die maximal möglichen Zuweisungen von der EU und/oder dem Bund ausgenutzt/nicht ausgenutzt werden.

Antwort:

Die Landesregierung nutzt die Fördermöglichkeiten aus Programmen der EU und des Bundes soweit wie möglich. Die tatsächliche Ausschöpfung möglicher Fördermittel hängt von den im Verlauf des Haushaltsvollzuges gestellten Anträgen möglicher Träger ab. Hinweis: Nicht alle EU- und Bundesprogramme werden über den Landeshaushalt abgewickelt.

13. GMSH

- a. Wie haben sich die Kosten für die Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen seit Gründung der GMSH 2005 bis 2008 entwickelt?

Bitte eine Tabelle nach folgendem Schema (2005 tatsächliche Werte, 2006 – 2008 gemäß der Haushaltspläne):

Jahr, Gesamtbewirtschaftungskosten, prozentuale Veränderung der Kosten im Vergleich zum Vorjahr, für alle Ressorts:
Bewirtschaftungskosten des Ressorts, prozentuale Veränderung der Kosten im Vergleich zum Vorjahr.

- b. Wie haben sich die Mieten für die von der GMSH angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume entwickelt?

Bitte eine Tabelle nach folgendem Schema (2005 tatsächliche Werte, 2006 – 2008 gemäß der Haushaltspläne):

Jahr, Gesamtmiete des Landes, prozentuale Veränderung der Gesamtmiete im Vergleich zum Vorjahr, für alle Ressorts:
Mieten des Ressorts, prozentuale Veränderung der Mieten im Vergleich zum Vorjahr.

Antwort folgt

14. Schleswig-Holstein Fonds

- a. Bitte eine Titelliste mit Beträgen der Investitionen, die die Landesregierung dem Fonds zuordnet, jeweils für die Jahre 2006 bis 2008.
- b. Wie viele zusätzliche Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein erwartet die Landesregierung aufgrund der Investitionen des Landes aus dem Schleswig-Holstein Fonds und der ausgelösten Investitionen?

Antwort folgt

15. Verwaltungsgebühren

Welche Ansätze für welche Verwaltungsgebühren liegen dem Haus-

haltsentwurf zu Grunde?

Bitte eine Liste mit den Verwaltungsgebühren jeweils mit den jeweiligen Gebührenbeträgen/-sätzen für die Jahre 2006 bis 2008 und den jeweiligen jährlichen prozentualen Veränderungen der Gebührenbeträge/-sätze.

Antwort folgt

16. Beamtenbezüge

Welche Kürzungen der Beamtenbezüge beabsichtigt die Landesregierung für die Jahre 2007 und 2008?

Bitte pro Art der gekürzten Bezüge eine Tabelle nach folgendem Schema: Besoldungsgruppe, prozentuale monatliche und jährliche Kürzung, absoluter monatlicher und jährlicher Kürzungsbetrag pro Beamtin/Beamten gem. der Personalkostentabelle der Landesregierung.

Bitte eine Übersicht nach Einzelplänen über die zu erwartenden Einsparungen aufgrund der Kürzungen der Beamtenbezüge jeweils in den Jahren 2007 und 2008.

Antwort folgt

17. Mehrwertsteuererhöhung

Wie sind die Mehrausgaben 2007 und 2008 verglichen mit 2006, mit denen die Landesregierung wegen der Erhöhung der Umsatzsteuer rechnet?

Bitte eine Übersicht nach Einzelplänen jeweils in den Jahren 2007 und 2008.

Antwort:

Eine Übersicht über die aus der Erhöhung der Umsatzsteuer resultierenden Mehrausgaben liegt nicht vor. Evtl. Mehrausgaben müssen im Rahmen der veranschlagten Budgets aufgefangen werden. Evtl. Preissteigerungen sind erst im Haushaltsvollzug erkennbar. Es ist nicht möglich, die Preissteigerungen auf Grund der Erhöhung der Umsatzsteuer von allgemeinen Preissteigerungen zu trennen und dieses vorab für den gesamten Landeshaushalt aufzulisten.

18. Modellprojekte

- a. Welche Träger wirken in Schleswig-Holstein an der überregionalen Fortbildung, Beratung und Durchführung von Modellprojekten in den Bereichen Arbeit, Schule, Jugendhilfe, Familie, Gesundheit, Soziales und Pflege mit?
- b. Welche Angebote wurden von diesen Trägern 2006 durchgeführt,

welche werden 2007 und 2008 angeboten bzw. welche Bera-

tungsangebote werden vorgehalten, und

welche Haushaltsmittel stellt die Landesregierung dafür jeweils zur Verfügung?

Antwort folgt

Fragen der FDP-Fraktion zum Einzelplan 03 des Entwurfes für den Haushaltsplan 2007/2008

| Lfd. Nr. | Seite | EP | Kap | Titel | Zweck (abgekürzt) | Frage und Antwort |
|-----------------|--------------|-----------|------------|----------------------------------|----------------------------|--|
| 1 | 13 | 03 | 01 | 535 02 | Zukunftsentwicklg. | Warum will die Landesregierung die Ausgaben von 2006 auf 2007 verdoppeln? Die Antwort wird dem Finanzausschuss als eigenständiger Umdruck zugeleitet. |
| 2 | 47 | 03 | 06 | 684 10 (MG 08) | SHMF | Warum will die Landesregierung 2007 238 T€mehr ausgeben als 2006 (+16,3%)? Antwort folgt |
| 3 | 48 | 03 | 06 | MG 09 | Bildende Kunst | Warum will die Landesregierung ab 2007 79,5 T€mehr zuwenden als 2006 (+54,5%)? Antwort folgt |
| 4 | 51 | 03 | 06 | 684 46 (MG 12) 684 47 (MG 12) | Filmförderung | Warum will die Landesregierung die Zuwendungen ab 2007 streichen? Antwort folgt |
| 5 | 83 | 03 | 10 | 893 01 | Bau- & Kunstdenk- mäler | Warum will die Landesregierung für diesen Zweck 2007 300 T€mehr ausgeben als 2006 (+39,1%) und 2008 100 T€mehr als 2007 (+9,4%)? Warum werden bei diesem Titel Investitionen für einseitig deckungsfähig zugunsten von Konsum erklärt? Antwort folgt |

Fragen der FDP-Fraktion zum Einzelplan 04 des Entwurfes für den Haushaltsplan 2007/2008

| Lfd. Nr. | Seite | EP | Kap | Titel | Zweck (abgekürzt) | Frage |
|-----------------|--------------|-----------|------------|----------------|-----------------------------------|--|
| 6 | 58 | 04 | 05 | 883 61 (MG 01) | Zuweisung f. Investitionen | <p>Warum will die Landesregierung 2007 1,1 Mio. € mehr zuweisen (+16,7%) als 2006?</p> <p>Antwort: Nach dem regionalisierten Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2006 wurden die zu erwartenden Einnahmen aus Mitteln aus der Feuerschutzsteuer (§ 31 FAG) vom Finanzministerium auf 13 Mio. € festgelegt.</p> <p>Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer fließt den Kreisen und kreisfreien Städten nach Abzug</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der für den Betrieb, die Unterhaltung und den Ausbau der Landesfeuerwehrschule erforderlichen Mittel, 2. eines dem Innenministerium zur Durchführung besonderer Maßnahmen im Bereich des Feuerwehrwesens zur Verfügung stehenden Betrages, der 15 % des Steueraufkommens nicht übersteigen darf, 3. eines Betrages in Höhe von 10 % für Aufgaben des Katastrophenschutzes und für Personalkosten im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes sowie 4. des nach § 19 Abs. 2 Satz 7 erforderlichen Betrages zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfe zu. <p>Für die Kommunen ergeben sich somit nach Abzug der Ziffern 1-4 voraussichtlich 7,4 Mio. € (1,1 Mio. € mehr als 2006) Investitionsfördermittel für das Haushaltsjahr 2007.</p> |
| 7 | 72 | 04 | 07 | 633 62 (TG 62) | Aufnahme & Verteilg. V. Migranten | <p>Warum erwartet die Landesregierung, dass die Ausgaben 2007 um 1,6 Mio. € sinken (-6,9%) und 2008 um weitere 865 T€(-4,1%)?</p> |

| | | | | | | |
|-----------|----|----|----|--------|--------------------------------------|--|
| | | | | | | Antwort: folgt in der 2. Beratung |
| 8 | 89 | 04 | 10 | 517 91 | Bewirtschaftung Grundstücke u. ä. | <p>Warum erwartet die Landesregierung, dass die Ausgaben 2007 um 617,5 T€ sinken (-4,1%) und 2008 um 107,7 T€ steigen (+0,7%)?</p> <p>Antwort: Die in den Haushaltsjahren 2007/2008 unterschiedlichen Titelansätze stellen eine Angleichung der vertraglich bedingten Ausgaben an die GMSH auf der Grundlage der Ist-Entwicklung der Einzelbewirtschaftungsverträge dar.</p> <p>Die Ist-Entwicklung 2006 lässt erkennen, dass die Ausgaben für 2007 sinken werden. Die geringfügige Erhöhung 2008 ist im Wesentlichen auf neue Liegenschaften, die von der GMSH angemietet werden, zurückzuführen.</p> |
| 9 | 94 | 04 | 10 | 623 03 | Elbeabkommen | <p>Warum steigt der Anteil Schleswig-Holsteins 2007 um 140 T€ (+20,3%)?</p> <p>Antwort: Das zwischen Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein bestehende Elbeabkommen wird derzeit zwischen den Vertragspartnern neu verhandelt.</p> <p>Die Veranschlagung des höheren Haushaltsansatzes entspricht dem derzeitigen Verhandlungsstand, da der neue Verteilerschlüssel für die Kosten den tatsächlichen Zuständigkeitsbereichen auf der Elbe zutreffender wiedergeben wird. Für Schleswig-Holstein wird sich der Kostenanteil erhöhen.</p> |
| 10 | 97 | 04 | 10 | 812 02 | FM-Technik | <p>Warum will die Landesregierung hierfür 2007 988,8 T€ (-59,2%) weniger ausgeben als 2006 und 2008 555 T€ mehr (+81,5%)?</p> <p>Antwort: Der Ansatz 2006 in Höhe von 1.670 T€ wurde im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes 2006 als mittelfristige Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 mit jeweils 1.670 T€ fortgeschrieben.</p> |

| | | | | | | |
|-----------|-----|----|----|----------------|----------------------------|---|
| | | | | | | <p>In Folge des Übergangs auf die geplante Einführung der Digitaltechnik kann entgegen der ursprünglichen Planung weitgehend auf die Beschaffung von analoger Technik verzichtet werden. Deshalb sinkt der Bedarf in 2007 auf 681,2 T€ (gegenüber 2006: - 988,8 T€ oder - 59,2%).</p> <p>Die Steigerung 2008 gegenüber 2007 auf absolut 1.236,2 T€ (gegenüber 2007: + 555 T€ oder 81,5%) ist durch den einmaligen Erwerb eines Grenz- / Kurzwellensystems für die Wasserschutzpolizei verursacht. Diese Beschaffung ist im Rahmen der Einführung der Digitaltechnik technisch erforderlich.</p> |
| 11 | 108 | 04 | 10 | 883 67 (TG 67) | Zuweisung f. Investitionen | <p>Warum will die Landesregierung 2007 120 T€weniger zuweisen (-19,4%) als 2006?</p> <p>Antwort: Die Zuweisung verringert sich, da die bisherigen Anteile des Zukunftsinvestitions-programms (ZIP 2004) in Höhe von jeweils 120,0 T€ pro Haushaltsjahr wegfallen.</p> |

Fragen der FDP-Fraktion zum Einzelplan 05 des Entwurfes für den Haushaltsplan 2007/2008

| Lfd. Nr. | Seite | EP | Kap | Titel | Zweck (abgekürzt) | Frage |
|-----------------|--------------|-----------|------------|--------------|--------------------------|--|
| 12 | 24 | 05 | 05 | 111 01 | Gebühren u. ä. | <p>Warum erwartet die Landesregierung, dass die Einnahmen 2007 um 1,5 Mio. € sinken (-6,1%) und 2008 um 500 T€ steigen (+2,2%)?</p> <p>Antwort: Der Ansatz wurde an die erwartete Ist-Entwicklung des laufenden Jahres und aufgrund der prognostizierten Steuermehreinnahmen angepasst. Bis zum 19.09.2006 wurden 15.456,4 T€ vereinnahmt. Ist 2002 = 24.732,2 T€ Ist 2003 = 24.745,0 T€ Ist 2004 = 24.983,3 T€ Ist 2005 = 22.018,9 T€ Ansatz 06 = 24.500,0 T€ Ansatz 07 = 23.000,0 T€ Ansatz 08 = 23.500,0 T€</p> |
| 13 | 24 | 05 | 05 | 112 01 | Geldstrafen u. ä. | <p>Warum erwartet die Landesregierung, dass die Einnahmen 2007 um 500 T€ sinken (-31,3%) und 2008 um 100 T€ steigen (+4,8%)?</p> <p>Antwort: Es wird gegenüber dem Ansatz von 2006 eine Einnahmensteigerung von 500 T€ für 2007 erwartet. Hierfür spricht die bisherige Ist-Entwicklung. Bei der Veranschlagung des Ansatzes 2006 wurde davon ausgegangen, dass die von der Steuerfahndung aufgedeckten sog. „Bankenfälle“ abgearbeitet sein müssten und die Einnahmen zurückgehen. Die Ist-Einnahmen vom 19.09.2006 betragen jedoch schon 2.200,6 T€. Eine Absenkung des Niveaus ist in den Folgejahren dennoch zu erwarten, zumal ein Finanzamt in 2006 für einen Einzelfall 437 T€ verbucht hat. Ist 2000 = 1.769,3 T€ Ist 2001 = 2.398,5 T€ Ist 2002 = 3.105,4 T€</p> |

| | | | | | | |
|-----------|----|----|----|-------------------------------------|-----------------------------------|--|
| | | | | | | <p>Ist 2003 = 3.762,7 T€ Ist 2004 = 2.909,1 T€ Ist 2005 = 2.358,8 T€ Ansatz 2006 = 1.600,0 T€ Ansatz 2007 = 2.100,0 T€ Ansatz 2008 = 2.000,0 T€</p> |
| 14 | 27 | 05 | 05 | 422 01 | Beamtenbezüge | <p>Warum überträgt die Landesregierung auf diesen Titel 1 Mio. € von Titel 0505 425 01?</p> <p>Antwort: Die Umsetzung der Mittel dient der Anpassung an den künftigen Bedarf bei Titel 42201 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten). Freigewordene und freiwerdende Stellen im Tarifbereich, die nicht zwingend mit Angestellten wiederbesetzt werden müssen, werden zur Übernahme der ausgebildeten Nachwuchskräfte der Steuerverwaltung in Planstellen umgewandelt.</p> |
| 15 | 29 | 05 | 05 | 512 91 richtig 517 91 | Bewirtschaftung Grundstücke u. ä. | <p>Aufgrund des Saldos der angegebenen Übertragungen müsste das Soll 2007 1,15 Mio. € niedriger sein als das Soll 2006: Warum erwartet die Landesregierung, dass die Ausgaben 2007 gegenüber 2006 um 158,3 T€ steigen (+2,6%) und 2008 gegenüber 2006 um 29,3 T€ (+0,5%)?</p> <p>Antwort: Die o.g. Sollabweichung beruht auf einem Rechenfehler. Die Übertragung nach Titel 0401-517 91 wurde statt mit 1.100 € mit 1,1 Mio. € berücksichtigt. Nach Berücksichtigung der saldierten Übertragungen in Höhe von – 51,3 T€ würde sich ein Ansatz von 6.076,1 T€ ergeben. Die Ansätze 2007 und 2008 berücksichtigen die Bewirtschaftungskosten für die Neuanmietung des voraussichtlich ab 01.07.2007 fertig gestellten Finanzamtes Ostholstein sowie Reduzierungen aufgrund der damit verbundenen Abmietungen.</p> |
| 16 | 29 | 05 | 05 | 518 01 | Mieten u. ä. | <p>Warum erwartet die Landesregierung, dass die Ausgaben 2007 um 93,3 T€ sinken (-3,5%) und 2008 um weitere 335,9 T€ (-13,2%)?</p> <p>Antwort:</p> |

| | | | | | | |
|-----------|----|----|----|--------|-----------|--|
| | | | | | | Einsparungen ergeben sich insbesondere durch die Abmietung der vom Finanzamt Kiel-Süd genutzten Liegenschaft „Kiel, Theodor-Heuss-Ring 49“ ab 01.07.2007. Weitere Ausgabekürzungen ergeben sich in 2008 aus der Abmietung der Liegenschaften in „Kiel, Feldstraße 253“ und in „Oldenburg, Schuhstraße 26“. |
| 17 | 41 | 05 | 06 | 121 02 | Gewinne | <p>Wie hoch schätzt die Landesregierung den derzeitigen Marktwert der Anteile des Landes an der HSH-Nordbank AG, wie wird sich dieser Marktwert nach Ansicht der Landesregierung bis 2013 entwickeln, und welchen kalkulatorischen Zinssatz legt die Landesregierung für diese Bewertungen zugrunde?</p> <p>Antwort folgt</p> <p>Warum erwartet die Landesregierung, dass der Gewinn aus der Beteiligung an der HSH Nordbank AG 2007 um 8,6 Mio. € steigt (+29,7%) und 2008 um 3,2 Mio. € (+8,6%)?</p> <p>Antwort: Die veranschlagten Ausschüttungen basieren auf den aktuellen Unternehmensplanungen. Allein an der Höhe der Ausschüttung kann kein Marktwert abgeleitet werden. Maßgeblich ist die Ertragskraft eines Unternehmens. Die Planungen der Bank sowie die Einschätzungen von Investmentbanken zeigen, dass der HSH Nordbank eine wertsteigernde Entwicklung für die Zukunft zugetraut wird. Schätzungen des aktuellen Marktwertes und seiner Entwicklung wären jedoch spekulativ.</p> |
| 18 | 41 | 05 | 06 | 121 03 | Gewinn IB | <p>Warum erwartet die Landesregierung, dass der noch nicht gebundene Überschuss der IB 2007 um 500 T€ steigt (+100%)?</p> <p>Antwort: Die veranschlagten Ausschüttungen basieren auf den aktuellen Unternehmensplanungen</p> |

Fragen der FDP-Fraktion zum Einzelplan 06 des Entwurfes für den Haushaltsplan 2007/2008

Die Antworten zum Einzelplan 06 folgen.

Fragen der FDP-Fraktion zum Einzelplan 07 des Entwurfes für den Haushaltsplan 2007/2008

Die Antworten zum Einzelplan 07 folgen.

Fragen der FDP-Fraktion zum Einzelplan 09 des Entwurfes für den Haushaltsplan 2007/2008

| Lfd. Nr. | Seite | EP | Kap | Titel | Zweck (abgekürzt) | Frage |
|----------|-------|----|-----|--------|----------------------|--|
| 45 | 19 | 09 | 01 | 111 02 | Gerichtskosten | <p>Warum erwartet die Landesregierung, dass sie 2007 1 Mio. € mehr einnimmt als 2006 (+0,9%), und 2008 2 Mio. mehr als 2007 (+1,8%)?</p> <p>Antwort: Die Veranschlagung erfolgt auf Grundlage der Ist-Entwicklung der Vorjahre. In 2005 sind 104,0 Mio € vereinnahmt worden (Steigerung gegenüber 2004: + 0,4 Mio €). Aufgrund der Ist-Entwicklung in 2006 wird davon ausgegangen, dass im Haushaltsjahr 2006 Gerichtskosten in Höhe von bis zu 107,0 Mio € vereinnahmt werden können (+ 3,0 Mio €). Für die Folgejahre ist eine jährliche Steigerung von 2,0 Mio € veranschlagt worden.</p> |
| 46 | 96ff. | 09 | 10 | MG 04 | ZuSH AMP | <p>Welche einzelnen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden im Rahmen des Programms gefördert und wie unterscheiden sie sich in Bezug auf Ziele, Mittel, Träger und Erfolgskriterien von den einzelnen Programmpunkten von ASH 2000?</p> <p>Antwort: Zum jetzigen Stand, können hierzu noch keine konkreten Angaben gemacht werden. Die einzelnen Maßnahmen des Zukunftsprogramms Arbeit sowie deren konkrete Ausgestaltung hinsichtlich Ziele, Finanzbedarfe und Erfolgskriterien werden derzeit noch erarbeitet.</p> <p>Zum Verfahrenstand wird folgendes mitgeteilt: Die ursprünglichen Planungen waren davon ausgegangen, dass es in der neuen Förderperiode (2007 bis 2013) im Ziel 2 wieder ein gemeinsames Programm des Bundes mit den westdeutschen Ländern geben wird. Nachdem der Bund sich aber überraschend Ende Juni dieses Jahres gegen ein gemeinsames Programm für alle</p> |

| | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|--|
| | | | | | | <p>Länder entschieden hat, muss Schleswig-Holstein nunmehr ein eigenes Operationelles Programm (OP) erstellen, in dem u. a. die Schwerpunkte des neuen Programms dargelegt werden müssen. Dieses Programm muss von der Kommission (KOM) genehmigt werden.</p> <p>Zur Erstellung eines solchen OP ist die Durchführung einer sog. Ex-Ante Bewertung durch einen externen Gutachter zwingend vorgeschrieben. Diese Ex-Ante wird derzeit gerade erstellt. Dabei bilden die von der Landesregierung am 21. Februar 2006 beschlossenen inhaltlichen Schwerpunkte des neuen Arbeitsmarktprogramms (Jugendliche, Förderung Beschäftigungsentwicklung und Arbeitsmarktintegration) die wesentliche strategische Grundlage. Die Ex-Ante-Bewertung wird sich dabei auch mit den Zielen, Finanzbedarfen und Erfolgskriterien einzelner Maßnahmen befassen. Die Ex-Ante Bewertung wird voraussichtlich Mitte Dezember 2006 abgeschlossen sein.</p> |
|--|--|--|--|--|--|--|

Fragen der FDP-Fraktion zum Einzelplan 10 des Entwurfes für den Haushaltsplan 2007/2008

Die Antworten zum Einzelplan 10 folgen.

Fragen der FDP-Fraktion zum Einzelplan 13 des Entwurfes für den Haushaltsplan 2007/2008

Die Antworten zum Einzelplan 13 folgen.

Anlage 1

| Jahr | FAG-Masse | Veränderung | in der FAG-Masse enthalten: | | | |
|----------|-------------|-------------|-----------------------------|-------------|--|-------------|
| | | | Kürzung der FAG-Masse | Veränderung | Entnahme aus dem KIF zur Aufstockung der FAG-Masse | Veränderung |
| | in T€ | in v.H. | in T€ | in v.H. | in T€ | in v.H. |
| 2005 *) | 1.085.671,4 | | - | - | - | - |
| 2006 **) | 926.101,3 | -14,7 | - | - | - | - |
| HHE 2007 | 908.120,8 | -1,9 | 120.000,0 | | 20.000,0 | |
| HHE 2006 | 964.439,9 | 6,2 | 120.000,0 | 0,0 | 20.000,0 | 0,0 |

*) Nach § 5 Abs. 2 FAG sind für die Festsetzung und Auszahlung der FAG-Masse die Ansätze im Landeshaushalt (Soll) maßgeblich. Nach § 5 Abs. 3 wird die Abrechnung auf der Basis der Ist-Ergebnisse erst bei der Festsetzung der FAG-Masse eines späteren Jahres berücksichtigt.

**) Absenkung des FAG-Verbundsatzes von 19,79 v.H. auf 17,74 v.H. infolge

- Herauslösung der Finanzierung der Zuständigkeit für die Hilfen an über 60-jährige in Einrichtungen aus dem KFA in den Epl. 10 -SozMin- (- 2,16 v.H.-Punkte) sowie
- Umsetzung der Revisionsklausel Jugendhilfe (+ 0,11 v.H.-Punkte).